



**Christine Buchholz**  
**Werner Dreibus**  
**Wolfgang Gehrcke**  
**Sabine Leidig**

Mitglieder des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

# Euro-Rettungsschirm ist weiteres Geschenk für die Finanzmafia

Berlin, 28.09.2011

Bezug:

Anlagen:

### **Wolfgang Gehrcke, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 50

Raum: 3.132

Telefon: +49 30 227-030 227 7184

Fax: +49 30 227-030 227 7685

wolfgang.gehrcke@bundestag.de

### **Büro Frankfurt/Main:**

Allerheiligentor 2-4

60311 Frankfurt/Main

Telefon: +49 069-71679703

Fax: +49 069-71679705

wolfgang.gehrcke@wk.bundestag.de

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Zur morgigen abschließenden Lesung der Aufstockung und Ausweitung des Euro-Rettungsschirms (EFSF) im Deutschen Bundestag erklären die hessischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN Christine Buchholz, Sabine Leidig, Werner Dreibus und Wolfgang Gehrcke:

„Auch der ausgeweitete Rettungsschirm wird weder den Euro, noch die EU retten - im Gegenteil: Es werden weiterhin Milliarden von Steuergehaltern dafür verbrannt, Bankprofite und Spekulationsgewinne zu sichern. Den Ländern, die Gelder aus dem Fonds erhalten, wird ein Rettungsring aus Blei zugeworfen. Die ökonomisch unsinnigen und sozial ungerechten Kürzungsprogramme treiben die Länder in die Rezession: Ihre Schulden werden weiter steigen. Daher werden wir morgen gegen die Aufstockung und Ausweitung des Euro-Rettungsschirms stimmen.

Wir fordern stattdessen, endlich die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten. Die Schuldenkrise und der wachsende private Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Allein das Vermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre beläuft sich auf über 10 Billionen Dollar, dem stehen 10 Billionen Euro an Staatsschulden der gesamten EU gegenüber. Durch eine Vermögensabgabe für Superreiche ließe sich die europäische Schuldenkrise überwinden. Dies wäre nur gerecht, denn sowohl von der Zockerei auf den Finanzmärkten als auch von der Bankenrettung haben in erster Linie die Reichen und Superreichen profitiert.

Weiterhin müssen die Spekulanten an die Kette gelegt werden, indem die Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten abgekoppelt wird und die privaten Banken vergesellschaftet und strikt reguliert werden. Um die Ursachen der Krise anzugehen, brauchen wir eine koordinierte Wirtschaftspolitik in der EU, die vor allem auf den Abbau der hohen deutschen Exportüberschüsse zielt - über Mindestlöhne auch in Deutschland und mehr öffentliche Investitionen. Wer wirklich Ja zu Europa sagen will, muss den erweiterten Eurorettungsschirm ablehnen. Denn Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein."

f.d.R.: Ramona Dittrich, Büro MdB Gehrcke